



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

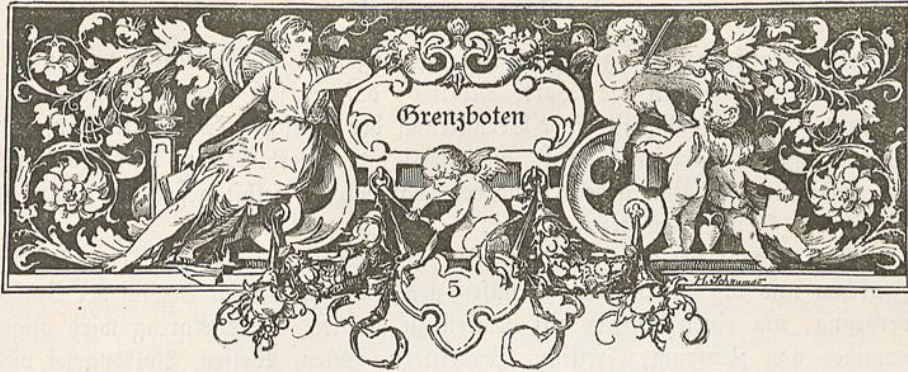
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Jammer vom Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Jammer von Reichstag.



Im die ganze Jammergestalt des aufgelösten Reichstages zu erkennen, muß man seine Geschichte betrachten. Die Wahlen dazu kennzeichneten sich namentlich dadurch, daß die Deutschfreisinnigen bei den Ultramontanen Anleihen gemacht hatten; man mußte sich also von vornherein sagen, daß diese während der Wahl aufgenommenen Anleihen sicherlich mit den höchsten Zinsen würden eingetrieben werden; war doch der Vertreter des Gläubigers der Welfe Windthorst. Und so geschah es auch. Ja die Deutschfreisinnigen warteten garnicht, bis die Eintreibung erfolgte, sie trugen als gute Geschäftsleute, die sich den Kredit erhalten müssen, ihre Zinsen sehr frühzeitig zur Kasse des Gläubigers. Gleich nach den Wahlen schrieb die „Kieler Zeitung“ — das kauponokratische Blatt des Herrn Hänel, in welchem die Rotteck-Welkersche Weisheit des Herrn Professors in Portionen, wie sie für sein Publikum passen, verhökert wird; das Blatt gehört nicht zu den frechsten, aber zu den abgefeimtesten Preßorganen des Fortschritts, weshalb wir es noch manchmal anzuführen uns veranlaßt sehen werden — also, das Organ des Herrn Hänel schrieb sofort nach den Wahlen: „Wenn das Zentrum die Freiheiten des Volkes mit erhalten will, so kann die liberale Partei mit ihm gehen.“ Das Zentrum und die Freiheiten des Volkes! Und da wunderte sich dieser Professor darüber, daß er in einem holsteinischen Blatte „päpstlicher Schlüsselknecht“ genannt wurde!

Die Thronrede hatte von gesichertem Frieden gesprochen. Wozu benutzt das Organ des Herrn Professors die Worte? „Hoffentlich wird nun auch die schwere Rüstung erleichtert, unter der alle Staaten des Kontinents so schwer leiden.“ Das ist dieselbe perfide Benutzung der kaiserlichen Worte im Interesse

elendester Fraktionspolitik gleich am Anfange dieser Reichstagsession, wie in den letzten Tagen derselben die Worte Moltkes, daß er sich freue über die Anerkennung der Notwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Wehrkräfte vonseiten aller größern Parteien, durch die Presse der verbündeten Ultramontanen und Freisinnigen dahin gedeutet wurden, daß Moltke selbst gegen die Notwendigkeit des Septennats gezeugt habe.

Nun kommt die erste Sitzung. In ihr stimmen die Freisinnigen mit dem Zentrum und als dessen treue Gehilfen gegen den sofortigen Beginn der Etatsberatung, um einen Antrag auf Diäten zu beraten. Der Antrag wird angenommen von Zentrum, Freisinn, Protestlern, Polen, Welsen, Volkspartei und Sozialisten. Nach Annahme dieses Antrags meldet das Blatt des Herrn Hänel: „Das Zentrum stimmte mit der entschiednen Linken.“ Natürlich lag die Sache umgekehrt: die entschiedne Linke (sonst heißt es meist: die wirklich Liberalen) stimmte mit dem Zentrum. Aber davon abgesehen: was uns die Hauptsache ist, ist das, daß hier alle Vaterlandslosen zur entschiednen Linken gerechnet werden. Mit dieser Gesellschaft zieht der deutsche Freisinn einher. Was den Beschluß selbst anlangt, so sagte die Nationalzeitung darüber: „Herr Windthorst wollte seine Macht gleich beim Beginn des Reichstags beweisen, eine oppositionelle Mehrheit zu schaffen!“ Der Freisinn mußte natürlich dem welfischen Intriganten helfen. Ging es doch gegen Bismarck!

Nun kommt die Debatte über den Etat. Während zum großen Leidwesen des tapfern Herrn Bamberger keine der großen Kolonialmächte sich dem Neuling Deutschland gegenüber zu den vom Freisinn erwarteten Nasenstübern aufgelegt gefühlt hatte, wollte der Fortschritt diese Rolle übernehmen und versagte darum im Bunde mit dem Zentrum die zur Fortführung einer erfolgreichen deutschen Kolonialpolitik nötigen Mittel. Um 8000 Mark zu sparen, drückte man an dem wichtigsten Punkte Südafrikas, in Kapstadt, den Generalkonsul zum Konsul herab und wollte den Vertreter des deutschen Reiches wie einen jüngern Handlungsgehilfen eines großen Hauses honorirt sehen. Aus demselben Sparsamkeitsinn wurden noch ähnliche Herabdrückungen für Korea und Samoa vorgenommen. Was hieß das anders und was wollte man auch anders, als dem Auswärtigen Amte die erforderlichen Arbeitskräfte und der deutschen Vertretung an den für die Zukunft wichtigsten Plätzen die Bedingungen zu ihrer äußern Position versagen? Ein Feilschen, zu dem selbst französische Blätter, wie die *République française*, ihre spottenden Bemerkungen machten über unsre „kluge und patriotische Landesvertretung.“

Nur nebenbei mag bemerkt werden, daß die Freisinnigen auch bei dem wiederholten Antrage des Zentrums auf Aufhebung des Expatrirungsgesetzes gegen renitente Geistliche dem Herrn Windthorst die Pflicht gehorsamer Gefolgschaft zu leisten hatten und dies bereitwillig thaten. Es paßt ja so schön, von dem Bundesrate zu verlangen, daß er den Willen einer zusammengewürfelten

Majorität grüßen soll wie einen Gefälschten Hut. Für Angriffe auf die Regierung macht selbst dem Papst der Freisinn gern den Hof. Und wie sehr er in seiner Devotion zugenommen hat, das konnte jeder ersehen aus den Tiraden, mit welchen die freisinnigen Presseorgane Windthorst's Reden jüngst verherrlichten. Die waren so klar, so überzeugend, so volksfreundlich, auf Recht und Wohlfahrt des Volkes abzweckend, daß Bismarck dagegen garnicht in Betracht kommen kann.

Nun kommt die größte That des Reichstages in seiner ersten Session. Der Fortschritt lehnt mit dem Centrum und den übrigen staatsfeindlichen Parteien die 20 000 Mark für einen zweiten Direktor im Auswärtigen Amte ab, obgleich Bismarck und der Staatssekretär Busch bei jährlich 78 000 Nummern die Unmöglichkeit nachweisen, die Geschäfte mit den vorhandenen Kräften so weiterzuführen, daß sie wie bisher erledigt werden. Der verstorbene Abgeordnete Löwe meinte, die Arbeiten könnten ganz gut geleistet werden, wenn man sich nur Mühe geben wollte; ihm waren mit Bülow, Bojanowski u. noch nicht Leute genug auf dem Platze geblieben. Am perfidesten sprach der abgefeimte alte Augustenburgische Agitator, Herr Professor Hänel. Er meinte: „Wenn die bisherigen Kräfte ausgereicht haben, so kann ich jetzt keinen Grund erkennen, in diesem finanziell ungünstigen Augenblicke die Kräfte in so umfangreicher Weise zu vermehren.“ Kurz vorher war für das Verlangen von Diäten dem von Bismarckhaß erfüllten Manne der Augenblick nicht ungünstig. Diese Menschen, die mit Erregen von Mißmut Geschäfte machen und ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, das Vaterland dem Auslande gegenüber bloßzustellen, hatten den Mut, urbi et orbi zu verkünden, daß das deutsche Reich nicht Geld genug habe zur Führung seiner wichtigsten Geschäfte! Herr Hänel leidet zwar nicht an dem Unverstand des Engländers, der da meinte, man wolle ihn zum Narren halten, als man ihm von der Ablehnung der geforderten 20 000 Mark sprach, aber er leidet an der Eitelkeit kleiner, von Haß gelenkter Geister, die Großes in den Schmutz zu ziehen sich zum Geschäfte machen. Und dabei hatte sein Leiborgan den Mut, zu sagen, daß unsre Regierung nach außen so energisch auftrete, um die Schäden im Innern zu verdecken, ganz so, wie heute der Wahlaufruf der Freisinnigen dem Volke zumutet, alles zu vergessen, und ihm vorgaukelt, die Auflösung des Reichstages sei nicht erfolgt wegen Ablehnung der Militärvorlage, sondern um dem Volke alle Rechte und Freiheiten zu rauben. Mit dieser Verweigerung der 20 000 Mark für einen zweiten Direktor hatte die schwarz-rote Verbrüderung in ihrem Haß gegen die Begründer des deutschen Reiches und die Machtstellung des Letztern ein Schauspiel aufgeführt, welches überall mit enthusiastischem Jubel begrüßt wurde, wo man Hoffnungen hegt auf das Erbleichen des deutschen Sterns, auf die Wiederkehr jener Zeiten, wo Deutschland eine Beute der Ruhm- und Ländergier aller andern Mächte war.

Als der welfisch-römische Intrigant die Landsknechte des deutschfreisinnigen

Fähnleins ins Treffen schickte zu dem nichtswürdigen Votum vom 15. Dezember 1884, da schien es, als ob es kein vaterlandsloferes Treiben geben könnte. War dieses Votum doch der Art, daß die République française schrieb: „Als Franzosen müßten wir uns über das Votum des Reichstages gegen den Fürsten Bismarck freuen, als Deutsche würden wir darüber empört sein.“ Als die freisinnigen Zeitungen den allzulauten Unwillen des deutschen Volkes endlich hören mußten, suchten sie sich, wie dies regelmäßig in solchem Falle geschieht — auch jetzt wieder bei der Militärvorlage —, durch Lüge und Verleumdung zu helfen. So schrieb das Organ des Herrn Hänel, die „Kieler Zeitung“: „Hätte Fürst Bismarck in der Budgetkommission diejenigen Aufklärungen gegeben, mit welchen er im Plenum die Forderung motivirte, so wäre der Vorschlag der Budgetkommission ohne Zweifel auf Bewilligung der 20 000 Mark gegangen, und dieser Vorschlag wäre vom Hause angenommen worden.“ Gegen den „finanziell ungünstigen Augenblick“ des Herrn Hänel hätte das garnichts geholfen und ebensowenig gegen die Verleumdung dieser Politiker, die der Regierungspresse, welche über Mangel an vaterländischem Empfinden im Reichstage klagte, diese Klage damit aus der Hand zu schlagen meinte, daß sie dreist behauptete: „Wo sachliche Gründe fehlen, da pflegt man stets zu nationalen Phrasen Zuflucht zu nehmen.“ Da paßt eben nur das Wort der République française: „Als Deutsche würden wir empört sein.“ In Paris wußte man, daß Frankreich, wenn keine andern Verbündeten, doch die Mehrheit des deutschen Reichstages als Verbündete habe, ganz so, wie man das jetzt nach Ablehnung der Militärvorlage in Erfahrung gebracht hat. In vielen Pariser Cafés wurden Hochs ausgebracht auf die Ultramontanen und auf Eugen Richter, „welche behilflich sind, den Bau Bismarcks zu stürzen.“ In London aber sprach man von der shabbiness und pettiness mit Rücksicht auf solche Worte, wie sie die armselige Dialektik des Herrn Hänel am 15. Dezember vor der Abstimmung zu Tage gefördert hatte, als er sagte: „Die Rückwirkung einer ungünstigen Finanzposition macht sich allerdings auch geltend im Gebiete des Auswärtigen Amtes, im Gebiete der Beamten, die dort beschäftigt sind.“ Was ist nun die Versicherung der „Kieler Zeitung“ wert, daß, wenn Fürst Bismarck Aufklärungen gegeben hätte u. s. w., da er doch solche gegeben hatte, als Herr Hänel so sprach. Lügen, nichts als Lügen!

Nach dem großen, vierwöchentlichen Oppositionsfeldzuge der klerikal-freisinnigen Mehrheit, der mit dem demonstrativen Knalleffekt der Anträge Ausfeld und Windthorst (Expatriirungsgesetzesaufhebung zc.) eingeleitet wurde und nach der Ablehnung der zweiten Direktorstelle im Auswärtigen Amte, wo die starken Seelen der Deutschfreisinnigen die Politik der Nadelstiche recht nach Herzenslust getrieben hatten, zeigte bei dem Ausbruche der Volksentristung die freisinnige Hezypresse eine an den ärgsten Klagenjammer grenzende Niedergeschlagenheit. Aus dieser Niedergeschlagenheit richtete man sich dadurch wieder auf, daß man

zu den alten Mitteln griff, die Dinge zu verschieben. Man rechnete auf die Gutmütigkeit und das kurze Gedächtnis des deutschen Michels und gaukelte ihm vor: „Die Regierung verlangt für das Auswärtige in dem jetzigen Etat 7 237 075 Mark, und sie soll ohne weiteres alles erhalten, bis auf rund 80 000. Etwas über ein Prozent des Verlangten, das ist der Gegenstand des Streites.“ So die Lügenpresse nach Verabredung. Es waren fast dieselben Worte, die die „Germania“ und die Fortschrittspresse, z. B. Herrn Hänel's edles Blatt, an einem Tage brachten. O nein, das war nicht der Gegenstand des Streites, die 80 000 Mark, sondern ob dem Kanzler Nadelstiche versetzt werden sollten, damit, daß man gerade ihm persönlich das Leben sauer und das Arbeiten unmöglich machen wollte, und damit, daß man gerade für die wichtigste Stelle der Kolonialpolitik, für Kapstadt, die nötigen Gelder verweigerte. Das war der Gegenstand des Streites, und das wußte die „Germania“ gerade so gut wie die „Kieler Zeitung.“ Es war dieselbe Lügenpresse, die damals schrieb, die Regierung „solle ohne weiteres alles erhalten,“ und die heute dem Rattenfänger von Meppen nachleierte, daß „kein Mann und kein Groschen“ fehle, dieselbe Lügenpresse und dieselben Parteien, die damals wie heute mit ihren Wahrheitsentstellungen über Bedrohung des Budgetrechts des Reichstags, der Preßfreiheit, der Redefreiheit, der Verkehrsfreiheit u. s. w. und mit Scheinbeschlüssen ihre Blendwerke zur Irreführung des Volkes ausführten. Damals wie heute beanspruchten die Blätter jener Maulhelden, die mit den Herzen Republikaner, mit dem Munde Patrioten sind, die Herrschaft für die Mehrheit, „die aus dem nationalen Willen hervorgegangen ist.“ Ein schöner nationaler Wille, diese Mehrheit der Ultramontanen mit ihren Schleppenträgern!

In der dritten Lesung über den Posten eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amte, um das gleich voranzunehmen, stellte Windthorst die Figuren jenes Puppenspieles anders, indem er einen Teil seiner Myrmidonen, römische sowohl als freisinnige, abkommandierte, um für die Verwilligung des vorher verweigerten Postens zu stimmen. Damit wurde erst recht deutlich, daß nicht sachliche Gründe, nicht Rücksichten der Sparsamkeit, an die ohnehin kein Mensch glaubte, die Mehrheit vom 15. Dezember bestimmt hatten, sondern der Parteigeist, der auf nichts andres denkt, als wie man den verhassten Kanzler ärgern, peinigen, verfolgen kann. Die Times schrieb damals: „Es liegt etwas unbeschreiblich niedriges und unmännliches darin, einem Manne absichtlich eine persönliche Niederlage zu bereiten, dem Deutschland so viel schuldet. Wenn sich solche kleinliche Bosheit als das Ergebnis von parlamentarischen Institutionen darbietet, so flößt es einem Zweifel ein, ob man sich darauf verlassen kann, daß sie die beste Weisheit einer Nation darstellen.“ Als die fortschrittlichen Blätter die Entrüstung sahen, welche sich in deutschen Volke über die Machinationen der Mehrheit des Reichstags zeigte, da halfen sie sich mit Verhegung. Bismarck sollte absichtlich die Sache mit dem zweiten Direktor so gelenkt haben, daß er

das Volksgemüt gegen die Mehrheit erregte. Das Organ des Herrn Hänel in Kiel schrieb: „In dem Falle der 20 000 Mark hat man es, wie sich immer mehr herausstellt, mit einem von langer Hand vorbereiteten Plane zu thun.“ Hatten sich etwa die ausländischen Zeitungen auch schon von langer Hand vorbereitet zu den Urteilen über diese Mehrheit des deutschen Reichstags? Oder war die Anerkennung auch vorbereitet, die diese Majorität bei deutschfeindlichen Organen fand? So schrieb in Rußland das „Echo“: „Der deutsche Reichstag setzt den Kampf gegen die Regierung fort und führt denselben jetzt viel erfolgreicher als früher. Besonders bedeutungsvoll ist der Umstand, daß die Opposition sich sogar in der Frage der Kolonialpolitik mächtig erweist, auf welche Politik alle Welt in Deutschland große Hoffnungen setzte. Diese Hoffnungen sind zu Schanden geworden; durch solche Ablehnungen, wie sie jetzt der deutsche Reichstag gegenüber dem Fürsten Bismarck vornimmt, wird natürlich die Thätigkeit eines Staatsmannes gehemmt. Fürst Bismarck ist genötigt, zu sehen, wie seine großartigen kolonialpolitischen Pläne an der Opposition des Reichstags zerschellen.“

Der Reichstag gewährte, wie schon gesagt, in der dritten Lesung den Posten in der Sitzung vom 2. März 1885. Aber das Urteil über diesen Reichstag mußte schon damals entschieden sein und war entschieden. In dem erzwungenen Spott, womit ultramontane und fortschrittliche Blätter von Adressenschwindel und Entrüstungsrummel sprachen, war ein gut Teil von bösem Gewissen und Angst. Wenn die Freisinnigen damals nur den zwanzigsten Teil von der Zustimmung des Volkes, wie jetzt die Reichstreuen bei der Militärvorlage, erfahren hätten, was hätten sie daraus gemacht! Während die Fortschrittsblätter von Entrüstungsrummel sprechen mußten, sprigten die obsoleten augustin-burgischen Agitatoren in Kiel privatim ihren Geifer auf Bismarck aus und sprachen von dem Bismarckgiste, welches wie eine Seuche alle Welt anstecke. Solchen Patrioten und echten Liberalen sprach der liberale Pungolo in Neapel ihr Urteil, wenn er sagte: „Die fortwährenden Niederlagen, die Bismarck durch die gesetzmäßige Vertretung seiner Landsleute erfährt, sind demütigend für das deutsche Volk. Er, der Deutschland auf den Platz gestellt hat, auf dem es sich befindet, wird nicht anders behandelt, als der ungeschickteste Minister es werden würde, der sich zum erstenmale der Kammer vorstellt. Und dies dem Manne, dem Deutschland es verdankt, daß es die erste Macht Europas, vielleicht der Welt ist! In welchem andern Lande würde eine ähnliche Abstimmung möglich gewesen sein?“ Gewiß war der Pungolo auch vom Bismarckgiste angesteckt, daß er so schrieb. O Haß, wie häßlich machst du den Menschen!

Natürlich hatte sich das Angesicht der Mehrheit dieses Reichstags auch in andern Fragen mit seiner vaterlandsfeindlichen Miene gezeigt. In der Kommission für die Dampfersubvention lehnte die freisinnig-kerikale Mehrheit die australische und afrikanische Linie ab und wollte nur die ostasiatische halten. Als die Nationalliberalen erklärten, dann hätte die ganze Vorlage für sie keine

Bedeutung mehr, erwiederte der Thersites des Reichstags, Eugen Richter: „Dahin wollten wir sie gerade haben.“ Die „Kieler Zeitung“ aber übte wieder ihre Hauptkunst, die Verdrehung, und sagte, am Scheitern der Vorlage seien die Nationalliberalen schuld.

Wie gehorsam aber die Freisinnigen in diesem Reichstage über den Stock sprangen, den ihm der boshafteste Feind des Reiches, Windthorst, vorhielt, zeigte sich, als Windthorst ein achttägiges Ausfallen der Reichstagsitzungen verlangte, obschon die zweite Lesung des Stats bevorstand, die Dampfersubvention zur zweiten Lesung vorlag, ferner die dritte Statsberatung der zweiten Direktorstelle, endlich die Zollnovelle. Herr Windthorst wollte Zeit gewinnen für die Kulturkampfdebatte, die im Abgeordnetenhaus bevorstand. Die sachlich wichtigsten Interessen des Reiches wurden erbarmungslos vom Zentrum der Parteipolitik geopfert, und Richter und Rickert unterstützten dabei ungescheut. Windthorst beabsichtigte das Verhalten des Zentrums im Reichstage von dem Ausfalle seiner kirchenpolitischen Aktion abhängig zu machen, und für diese welfisch-klerikale Parteipolitik trat auch hier der Freisinn ein. Wahrlich, da hat schon damals mancher patriotische Mann fragen müssen: Wie lange, wie lange wird dieser Schimpf einer welfisch-römischen Interessen dienenden Majorität noch dauern? Ist das Zweigestirn Richter-Windthorst wirklich das Zeichen, an dem man die deutsche Nation erkennen soll?

Wir wollen hier noch an etwas erinnern, was sich in derselben Sitzung abspielte, in welcher schließlich durch Abschwenkung einer Anzahl Freisinniger unter Rickerts Führung die zweite Direktorstelle genehmigt wurde. Der Vorgang, den wir meinen, zeigt, wie der Freisinn die nationale Ehre mit Füßen tritt. Herr Eugen Richter warf sich zum Vorkämpfer Englands auf in demselben Augenblicke, wo Bismarck der britischen Staatsleitung den Standpunkt klar machte, um sie in kolonialen Dingen zur Vernunft zu bringen, zu welchem Zwecke er den Grafen Herbert Bismarck nach London gesandt hatte. Diesen Augenblick hielt der Führer der Opposition für geeignet, mit einer Standrede zu Gunsten Englands Bismarck in den Rücken zu fallen und so die englischen Staatsmänner zu ermutigen, der Durchführung der deutschen Kolonialpolitik weitere Hindernisse zu bereiten. So wenig war bei dieser Reichsvertretung die deutsche Nation vor unwürdigen Exzessen bewahrt! Daß mit diesem Eintreten für England Herr Eugen Richter sich eine gute Nummer an einer gewissen hohen Stelle machen wollte, stimmt ganz überein mit dem systematischen Angeln nach dem Zukunftsregiment, das ja auch gegenwärtig wieder die Herren Freisinnigen in nicht allzuferner Zeit erblicken und für sich in recht liebenswürdiger Weise in Beschlag nehmen. Redet doch ihre Presse davon, daß dann einer der ersten Akte sein soll, das Herrenhaus, für seine Adresse an den König wegen der antinationalen Haltung des Reichstages, ganz und gar verschwinden zu lassen.

Wie servil dieser Freisinn, der nach dem Zukunftsregimente angelt, sein kann, das trat auch in Richters Rede für England hervor. Er führte unter den Motiven, die unsre Haltung England gegenüber zu berücksichtigen hätte, auch die Verwandtschaft der Dynastien ins Treffen. Da verwahrte sich denn doch Bismarck gegen diese Verwertung der dynastischen Verwandtschaften in den großen nationalen Interessen. Den Versuchen Richters, dynastischen Verwandtschaften einen Einfluß auf die Politik zu gestatten, trat er mit der Versicherung entgegen, daß das Gewicht unsrer kaiserlichen Hohenzollerndynastie unter allen Umständen und zu jeder Zeit auf der Seite der nationalen Interessen in die Waagschale geworfen werde.

In diese „elenden Verhandlungen“ hinein, wie sie das schon damals waren. ehe der leitende Staatsmann sie so bezeichnet hatte, fiel das Bismarckjubiläum. Dieses selbst wagten die Fortschrittsblätter nicht zu bespitzeln; sie ignorirten es nur. Aber kaum war es vorüber, da stand ihnen der Geißer wieder im Munde. So schrieb das Blatt des Herrn Hänel einen Tag nach dem Feste, am 3. April: „Es kann nach dem Feste nicht verschwiegen werden, daß Fürst Bismarcks Politik im Innern nicht immer erfolgreich war. Sie suchte zu entzweien, um zu gebieten. . . Die Kunst der Diplomatie, auf die innern Fragen angewandt, versagte vollständig; die besten Kräfte mühen sich in solchen Kämpfen fruchtlos ab und erlahmen zuletzt, der treuesten Patrioten bemächtigt sich eine bittere Resignation, sie werden irre an der Nation und an sich selbst.“ Wenn doch diese „treuen Patrioten“ anfangen, an sich irre zu werden! Herr Hänel und Herr Richter könnten garnichts besseres thun.

Übergehen wollen wir, wie neben andern Dingen, in denen der Freisinn eine Heuchelei und grundsätzliche Opposition gegen Bismarck zeigte, er sich der Börsensteuer widersetzte. Die Füllung der Parteikriegskasse durch die Tobber im Jahre 1881 war zu vorteilhaft für die Wahlmache der freisinnigen Herren gewesen, als daß man sich nicht von neuem hätte um das Tobbertum verdient machen müssen, um sich die frühern Kontribuenten von neuem zu verpflichten. Dies und so manches andre wollen wir, wie gesagt, übergehen. Schlimmeres als alles dies, ja auch schlimmeres, als am 15. Dezember 1884 geschah, fand am 15. Januar 1886 statt, als die sozialdemokratisch-polnisch-klerikal-freisinnige Majorität in der Ausweisungsdebatte den Beweis lieferte, daß sie zu allem fähig war, wenn es galt, dem Staatsmanne an der Spitze des Reiches in den Rücken zu fallen. Obgleich Herr Hänel früher einmal die Gefahr der Repolonisierung der östlichen Provinzen anerkannt hatte, legte er jetzt doch so weit alle Scham ab, daß er, Windthorst für seinen Herrn und Meister anerkennend, sich für dessen Antrag erklärte: „Der Reichstag beschließt, daß die von der königlich preussischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Untertanen nach ihrem Umfange und nach ihrer Art nicht gerechtfertigt erscheinen und mit dem Interesse der Reichsangehörigen nicht vereinbar

sind." Bei vielen der Freisinnigen, wie bei Herrn Hänel, verband sich hier mit dem Bismarckhaß eine international angehauchte Humanitätsduselei. Aber die Haltung der ultramontan-freisinnigen Partei war umso bedenklicher, als sie sich hier mit der direkten Denunziation der eignen Regierung an das Ausland verband. Es war für den Vaterlandsfreund ein tief beschämender Anblick, dieser Wettlauf zwischen den verschiedenen Mehrheitsgruppen, wer das tiefste Niveau deutsch-patriotischer Gesinnung erreiche. Dieser 15. Januar 1886 war ein Kanoffgang des deutsch-nationalen Bewußtseins. Mit Recht wies Bismarck in seiner ersten Rede für die Militärvorlage darauf hin, daß dieser Reichstag, der für die Interessen der Polen eintrat, schon damals die Auflösung verdient hatte.

Ehe wir die Schilderung dieser Sammergestalt von Reichstag zu Ende führen, wollen wir noch einiges aus dem preussischen Abgeordnetenhaus führen, weil es dieselben Personen sind hier und dort, und dieselben Szenen. Im Abgeordnetenhaus zeigt sich die klerikal-polnisch-freisinnige Partei in der Minderheit. Auch Herr Hänel war in seinem alten Wahlbezirk Segeberg durchgefallen. Dafür mußte er sich rächen. Sein Fraktionsgenosse Uhlenborff brachte darum den ganz nutzlosen Antrag auf geheime Abstimmung bei den Landtagswahlen ein. Das sollte eine indirekte Kritik der nationalen Majorität des Abgeordnetenhauses sein. Er ist ein großer Mann, dieser Herr Hänel! Am 23. Februar stand nun das Gesetz über die Kolonisation der Ostprovinzen zur Beratung. Natürlich widersetzte sich Herr Hänel demselben. Er riet, man solle die Polen „zu assimiliren versuchen“ und ihnen „die Überzeugung beibringen,“ daß eine Trennung von uns ihnen nur nachteilig sei. Die „Germania“ lobte „des Professors weitreichenden Standpunkt,“ und in der „Nieler Zeitung,“ dieser fine fleur politischen Denkens, erfuhr der unverbesserliche Doktrinär mit seinem Geschwätz von „Überzeugung beibringen“ stramme Bewunderung. Bei der ganzen Debatte aber stellte er sich wieder als Knappe des Zentrums auf. Ganz im Tone Windthorst's fragte er: „Wer garantiert denn, daß der Fonds anstatt zur Germanisirung zur Protestantisirung verwendet wird?“ Herr Hänel thut, als wisse er nicht, daß in Polen Deutscher und Protestant sich decken. Lieber, als dem verhassten Kanzler Recht zu geben, macht er sich zum politischen Imbecillen und spricht: „Ich halte die Polen nicht etwa für unschuldige Lämmer; ich erkläre, wir würden in der Beurteilung aller ihrer landesverrätherischen Bestrebungen einig sein; sie aber außer der Verfassung zu stellen, dazu können wir uns nicht verstehen.“ Die freihändigen Ankäufe von Gütern in Polen, die die Regierung beabsichtigte, nannte der große Jurist und Staatsmann Hänel ein „außer Verfassung stellen der Polen.“

Wir könnten nun zum Reichstage zurückkehren und uns diese Mehrheit noch ansehen auf ihre staatsmännischen und nationalen Anschauungen hin, die sie bei der Branntweinmonopoldebatte entwickelten oder bei der über die Verlängerung

des Sozialistengesetzes und andern, um schließlich bei den Debatten über die Militärvorlage zu endigen, also mit der Forderung dieser Mehrheit, die Friedenspräsenzstärke auf drei Jahre festzustellen, d. h. ein direktes Mißtrauensvotum gegen den Kaiser und Bismarck zu geben, denn man verlangt damit, „daß der Herrscher, welcher Deutschland geeinigt hat, unter die Kuratel der Herren Windthorst, Richter und Grillenberger gestellt werde, damit er nicht unnötige Soldatenspielererei treibe.“ Aber wir wollen schließen. Zur Zeichnung dieser Reichstagsmajorität und insonderheit auch der deutsch-freisinnigen Partei wird das Gegebene genügen. Für sie ist das Distichon:

Eines hast du, o Deutschland, was eng mit Athen dich verbündet;
Stehet ein Großer dir auf, sicher verkleinerst du ihn.



Deutsches, romanisches und preußisches Königtum.

Von Hans Prutz.



immer von neuem lenkt die Wiederkehr des 18. Januar unsre Gedanken zurück auf jenen großen Augenblick, der das preußische Königtum ins Leben rief.

Raum war der Staat der Hohenzollern im dreißigjährigen Kriege der Gefahr entgangen, zwischen den großen Mächten zermaimt zu werden; mühselig war er von dem erfindungsreichen Friedrich Wilhelm in vielgewandter, aber auch vielgewundener Politik durch schwere Stürme aus Ost und West hindurchgesteuert worden. Und nun drängte er sich mit der Annahme des Königstitels wie ein ungeduldiger Emporkömmling in die Reihe der leitenden Staaten und erhob Ansprüche, die durchzusetzen er doch noch nicht die Mittel besaß und nach Lage der Dinge auch so bald nicht erwerben zu können schien.

Für eine That bloß am Außern haftender Eitelkeit wird die Selbstkrönung Friedrichs I. heute niemand mehr ausgeben. Doch wird auch niemand behaupten, der neue König habe die weltgeschichtlichen Folgen seiner That ermessen. Aber was die Gegner der Hohenzollern gefürchtet hatten, wenn sie von dem neuen vandalischen Königtum an der Ostsee sprachen, was im Anschluß an die Gewinnung der Souveränität in Preußen vielleicht schon der große Kurfürst